

A09 Ambitioniert, aber notwendig: Überwindung von Obdach- und Wohnungslosigkeit bis 2030

Antragsteller*in: Mareike Engels

Tagesordnungspunkt: 9 Anträge

Antragstext

1 Als Grüne sind wir überzeugt: Eigener Wohnraum ist ein Grundrecht aller
2 Menschen. Daher setzen wir uns für die Erfüllung des Ziels Obdach- und
3 Wohnungslosigkeit bis zum Jahr 2030 zu überwinden ein. Dieses Ziel geht auf
4 einen Beschluss des Europäischen Parlaments von 2020 zurück und bereits 2017 hat
5 sich Hamburg (Drs. 21/9700) zur Umsetzung der Sustainable Development Goals
6 (SDGs) bekannt, dessen erstes Ziel „Keine Armut“ lautet. Dabei wird Armut als
7 Zustand definiert, in dem die Grundbedürfnisse nicht befriedigt werden können.
8 Zu diesen Grundbedürfnissen gehört auch eigener Wohnraum. Dieses wird durch das
9 Ziel 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ verstärkt, in einem Teilziel werden
10 die Staaten verpflichtet, für die Sicherstellung eines Zugangs zu angemessenem,
11 sicherem und bezahlbarem Wohnraum zu sorgen. Auch die Bundesregierung hat sich
12 diesen Zielen angeschlossen. So gibt es über alle politischen Ebenen hinweg nun
13 das gemeinsame Ziel in der Dekade der 2020er Jahre die Obdach- und
14 Wohnungslosigkeit zu beenden. Diesen Übereinkommen, Beschlüssen und Zielen
15 fühlen wir uns als Grüne verpflichtet und wollen auf allen Ebenen unseren
16 Beitrag leisten, Armut zu bekämpfen sowie Obdach- und Wohnungslosigkeit zu
17 überwinden.

18 Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Beendigung von Obdach- und
19 Wohnungslosigkeit bis 2030 haben sich wiederum gerade in prosperierenden
20 Metropolen wie auch Hamburg verschlechtert. Die in den Ballungsräumen noch immer
21 steigenden Mieten und der Einbruch beim Wohnungsbau lassen das Segment der
22 bezahlbaren Wohnungen immer weiter schrumpfen. Dies gilt trotz der guten
23 Wohnungsbauzahlen der letzten Jahre auch für den Sozialen Wohnungsbau in
24 Hamburg.

25 Gleichzeitig wächst der Bedarf an Wohnraum und immer mehr Menschen sind auf eine
26 öffentliche Unterbringung angewiesen. So hat sich seit 2022 die Zahl der
27 Menschen in öffentlicher Unterbringung fast verdoppelt. Vor allem durch den
28 Krieg in der Ukraine ist die Zahl sehr schnell auf fast 50.000 Menschen
29 angestiegen. Ganz ohne Obdach auf Hamburgs Straßen leben weitere min. 2000
30 Menschen. Obdach- und Wohnungslosigkeit trifft Menschen in ganz verschiedenen
31 Lebenslagen. Frauen, die vor ihren gewalttätigen Partnern ins Frauenhaus
32 fliehen, sind genauso von Wohnungslosigkeit bedroht, wie erwerbstätige
33 Alleinstehende, die nach einer Kündigung wegen Eigenbedarf partout keine
34 bezahlbare Wohnung finden. Realistischerweise ist es daher für Hamburg ein
35 ambitioniertes Ziel Obdachlosigkeit bis 2030 zu überwinden und Wohnungslosigkeit
36 deutlich zu reduzieren. Die geopolitische Weltlage mit einer hohen Zahl von
37 Geflüchteten ist wiederum auch durch Hamburgische Politik nicht steuerbar hat
38 aber Auswirkungen für das Maß der Wohnungslosigkeit in der Stadt.

39 Um eine Trendumkehr zu schaffen, müssen wir den politischen Beschlüssen neue
40 Kraft geben und sowohl den Wohnungsbau innovativ vorantreiben als auch mehr
41 Hilfen zum Wohnen organisieren. Gleichzeitig gilt es, auch die
42 niedrigschwelligen Hilfen auf der Straße weiter auszubauen. Wir wollen, dass
43 sozialrechtliche Hilfen alle erreichen, die sie brauchen. Bei all dem stellen

44 wir als GRÜNE das Leitbild „Housing First“ in den Mittelpunkt unserer Politik
45 für Obdach- und Wohnungslose.

46 Housing First zum Leitmotiv der Hamburger Wohnungslosenhilfe machen

47 Im Mittelpunkt der Politik für Obdach- und Wohnungslose steht der Mensch mit
48 seiner Würde und seinem Recht auf eine eigene Wohnung und einem Recht auf Schutz
49 und Privatsphäre. Daher wollen wir das durch Grüne erfolgreich angeschobene
50 Modellprojekt Housing First verstetigen und den Housing First Ansatz zum
51 Leitmotiv der Hamburger Obdach- und Wohnungslosenhilfe machen und
52 dementsprechend ins Regelsystem überführen. Der Zugang zu Wohnraum steht dabei
53 am Anfang und im Mittelpunkt, aber nicht isoliert. Die wohnbegleitenden Hilfen
54 wollen wir ausbauen und langfristig absichern, um strukturelle Hürden beim
55 Zugang zu Wohnraum zu überwinden.

56 Beim Ziel, alle Menschen angemessen mit Wohnraum zu versorgen, sind Wohnungen
57 das knappe Gut. Neben weiter intensiviertem sozialem Wohnungsbau, insbesondere
58 für vordringlich Wohnungssuchende (siehe Beschluss LMV von 25.02.2023 „Deine
59 Stadt, dein Viertel – lebenswertes Hamburg für alle“), setzen wir uns für
60 stärkere Wohnraumakquise im Bestand ein. Dafür stellen wir den freien Trägern
61 Ressourcen und Kompetenzen zur Verfügung, um ihren Klient*innen bei der
62 Wohnraumsuche zu helfen. Und wir schaffen ein hamburgweites soziales Maklerbüro,
63 das für die unterschiedlichsten Träger Wohnungen auf dem freien Markt akquiriert
64 und auf ein gezieltes Förderinstrumentarium für potentielle Vermieter*innen
65 zugreifen kann. Wir setzen uns bundespolitisch dafür ein, dass die Kommunen ein
66 taugliches Vorkaufsrecht erhalten – nicht nur in Gebieten mit sozialer
67 Erhaltensverordnung. Unser Ziel ist es, den Wohnungsbestand in öffentlicher Hand
68 und bei gemeinwohlorientierten Trägern deutlich und kontinuierlich auszubauen.
69 Um den Bau von Wohnungen für vordringlich Wohnungssuchende zu fördern, wollen
70 wir die Wohnungsbauprämie für die Bezirke pro Baugenehmigung für WA-gebundene
71 Wohnungen verdoppeln. Noch vorhandene Freistellungsgebiete werden wir nicht
72 verlängern. Die SAGA soll zukünftig jede zweite freiwerdende Wohnung an
73 vordringlich Wohnungssuchende vermieten.

74 Auch in der öffentlichen Unterbringung wollen wir prioritär auf den Ansatz
75 Housing First und Steigerung des sozialen Wohnungsbestandes setzen. Immer wenn
76 möglich, sollen Unterkünfte nach dem Konzept „Zukunft Wohnen“ gebaut werden und
77 von Anfang an so belegt werden, dass die einzelnen Wohnungen so schnell wie
78 rechtlich möglich im Rahmen eines normalen Mietverhältnisses an die
79 Bewohner*innen vergeben werden können. Auch die aktive Ankaufpolitik von Fördern
80 & Wohnen begrüßen wir und wollen diese weiter verstärken. Dabei soll gezielt
81 Wohnraum für große Familien geschaffen werden, so dass diese die Chance erhalten
82 die öffentliche Unterbringung zu verlassen. Trotz der angespannten Lage wollen
83 wir auf gute Mindeststandards achten. Gewalt- und Kinderschutzpläne müssen
84 weiterhin für jede Unterkunft erarbeitet und umgesetzt werden. Menschen mit
85 psychischen und/oder körperlichen Beeinträchtigungen müssen angemessen mit Blick
86 auf ihre spezifischen Bedürfnisse untergebracht werden, dafür wollen wir ein für
87 neu ankommende Geflüchtete ein systematisches Identifikationsverfahren zur
88 Bedarfsfeststellung einführen.

89 Prävention stärken und Wohnraumverlust verhindern

90 Um den Verlust von Wohnraum zu minimieren, wollen wir Zwangsräumungen noch
91 besser verhindern und darauf dringen, die rechtlichen Möglichkeiten von

92 Kündigungen wg. Eigenbedarf oder aufgrund von finanziellen Problemlagen weiter
93 einzuschränken. Ein besonderes Problem sind verhaltensbedingte Kündigungen, die
94 nicht selten mit psychischen Erkrankungen bei Betroffenen einhergehen. Hier
95 wollen wir Hilfestrukturen etablieren, die den Verbleib in der Wohnung
96 unterstützen und bei Konflikten zwischen betroffenen Mieter*innen und
97 Nachbarschaft sowie Wohnungsverwaltung zu Lösungen beitragen.

98 Auch wenn Wohnraumverlust aufgrund von Mietschulden in den allermeisten Fällen
99 verhindert werden kann, scheitern Wohnraumsicherung oder -gewinnung trotzdem zu
100 häufig an überlasteter Sachbearbeitung zur Leistungsbewilligung. Wir setzen uns
101 daher dafür ein, dass Anträge, die Kostenübernahme von Mieten bzw. Umzügen
102 beinhalten beim Jobcenter und bei den Grundsicherungsämtern prioritär bearbeitet
103 werden.

104 Die bezirklichen Fachstellen für Wohnungsnotfälle sind eine wichtige behördliche
105 Institution, um Wohnraumverlust zu verhindern und vordringlich Wohnungssuchende
106 mit Wohnraum zu versorgen. Sie arbeiten seit Jahren am Anschlag, haben immer
107 neue Herausforderungen zu bewältigen und leider unter Fluktuation und
108 Fachkräftemangel. Wir wollen die Arbeit der Fachstellen daher extern evaluieren
109 lassen, um ihre gute und wichtige Arbeit nachhaltig zu verbessern und
110 strukturell zu stärken.

111 Während Menschen (kurzzeitig) in Haft sind oder für längere Zeit stationär in
112 einer Klinik sind, muss durch das Sozialmanagement unbedingt der Wohnraum
113 gesichert werden.

114 Niedrigschwellige Hilfen ausbauen und Zugänge zu nachhaltigen Hilfen für alle
115 sicherstellen

116 Tagesaufenthaltsstätten, Straßensozialarbeit und weitere niedrigschwellige
117 Hilfen sind wichtige Unterstützungsangebote für das Überleben auf der Straße.
118 Hier erhalten Obdachlose u.a. warmes Essen, können duschen und ihre Wäsche
119 waschen sowie Postadressen und Verwahrkonten anlegen. Der Kontakt zu der
120 Sozialarbeit ist dabei häufig der erste und wichtigste Schritt zum Weg aus der
121 Obdachlosigkeit. Dabei greifen sie auf ein umfangreiches System der
122 Notunterbringung zurück. Diese Notunterkünfte bieten obdachlosen Menschen im
123 Rahmen der Gefahrenabwehr kurzzeitig ein Dach über dem Kopf, Schutz vor
124 Erfrierung und sanitäre Angebote sowie medizinische Grundversorgung. Aktuell
125 besteht das Notunterkunftssystem in Hamburg im Kern aus dem Winternotprogramm
126 sowie den Notübernachtungsstellen. Wir wollen das Notübernachtungssystem in
127 Hamburg entlang des für alle geltenden Rechtes auf Gesundheit weiterentwickeln
128 und setzen uns dabei für dezentrale, kleinere Angebote ein, die ganzjährig und
129 ganztägig zur Verfügung stehen. Dabei sollen passende Angebote für spezielle
130 Zielgruppen, z.B. für Jungerwachsene, Frauen oder Trans-Personen vorgehalten
131 werden. Die Unterbringung in Einzelzimmern streben wir als Standard an, auch um
132 die Akzeptanz der Angebote zu verbessern. Außerdem braucht es mehr Angebote, die
133 speziell auf suchtkranke Menschen und auch Menschen mit Tieren eingestellt sind.
134 Diese Angebote sollen im ersten Schritt das bisherige Angebot ergänzen und
135 später ersetzen. Jede*r Obdachlose muss schnell und unkompliziert Zugang zu
136 einem Übernachtungsplatz erhalten können – dafür braucht es barrierefreie
137 Angebote, Abbau sozialrechtlicher Hürden und eine Vielfalt, so dass Obdachlose
138 ein für sie passendes Angebot aufsuchen können.

139 Die gesundheitliche Versorgung von Menschen in Obdachlosigkeit und Menschen ohne
140 Krankenversicherungsschutz wird in unserer Stadt zum Großteil von Ehrenamtlichen
141 gestemmt. Ohne dieses freiwillige Engagement ginge es gar nicht, diese stoßen
142 aber zunehmend an Kapazitätsgrenzen. Die gesundheitliche Lage von Obdachlosen
143 wird immer gravierender. Es gilt daher professionelle Strukturen auszubauen, um
144 Menschen in Obdachlosigkeit (und andere Menschen ohne Krankenversicherung)
145 dauerhaft, nachhaltig und verlässlich helfen zu können. Die Arbeit der Hamburger
146 Clearingstelle, an die sich Menschen ohne oder mit unzureichendem
147 Krankenversicherungsschutz auch anonym wenden können, um ihre Ansprüche klären zu
148 lassen und in Behandlung vermittelt zu werden, wollen wir weiter unterstützen
149 und ausbauen. Grundsätzlich ist es unser Ziel, die Menschen (wieder) in
150 Krankenversicherungsschutz zu bringen. Um die Wege aus der Obdachlosigkeit zu
151 vereinfachen, setzen wir uns für einen unbürokratischen Schuldenerlass bei der
152 Krankenkasse ein, wenn Obdachlose sich eine Meldeadresse nachweisen.

153 Uns ist es ein wichtiges Anliegen, sowohl niedrigschwellige Hilfen, als auch
154 Angebote der Notunterbringung dezentral und sozialräumlich aufzustellen. Die
155 Angebote der ambulanten Sozialpsychiatrie sollten dabei zukünftig auch die
156 Zielgruppe obdachloser Menschen besser versorgen. Die digitale Teilhabe von
157 obdachlosen Menschen soll u.a. durch in den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe
158 flächendeckend zur Verfügung stehendes WLAN und durch Zugang zu IT-Infrastruktur
159 gestärkt werden.

160 Unser Ziel und Anliegen ist es insgesamt, Menschen nachhaltig zu helfen und in
161 Wohnraum und unterstützende Hilfen zu vermitteln. Doch dieser Weg ist für viele
162 obdachlose Menschen sozialrechtlich versperrt, so machten schon in der letzten
163 Zählung 2018 Bürger*innen ohne deutschen Pass 61 Prozent der obdachlosen
164 Menschen in Hamburg aus. Wir wollen die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf
165 Bundesebene ändern und den Zugang von EU-Bürger*innen zu Sozialleistungen und
166 gesundheitlicher Versorgung deutlich erleichtern, so dass auch sie
167 existenzsichernde Leistungen und nachhaltige Hilfen erhalten können. Menschen
168 migrieren nicht aufgrund von Sozialleistungen nach Deutschland, sondern sie
169 kommen nach Hamburg, um hier zu arbeiten. Sie vor Verelendung zu schützen und
170 bei ihrem Wunsch nach Arbeit und Wohnen zu unterstützen, nützt uns allen und ist
171 perspektivisch günstiger, als sie weiterhin weitestgehend von Sozialleistungen
172 auszuschließen.

173 Obdach- und wohnungslose Menschen werden leicht Opfer von Diskriminierung und
174 brauchen besonderen Schutz und spezifische Angebote. Sie haben wie alle anderen
175 ihren Platz im öffentlichen Raum und dürfen nicht verdrängt werden. Nicht häufig
176 ist die Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, (zugeschriebener) Herkunft,
177 Religion oder Behinderung usw. sogar Ursache für Obdach- oder Wohnungslosigkeit
178 und Hindernis bei der Wohnraumvermittlung, deswegen muss Diskriminierung auf dem
179 Wohnungsmarkt ein Ende haben. Dafür wollen wir das Antidiskriminierungsrecht
180 stärken. Vulnerable Gruppen sind auch unter den Wohnungslosen häufiger von
181 Gewalt betroffen. Es braucht daher spezielle Schutzangebote und besondere
182 Maßnahmen zur Prävention und Wohnraumvermittlung für diese Zielgruppen.

183 Eine besondere Zielgruppe sind die sogenannten Care Leaver, Jungerwachsene, die
184 aus den (stationären) Angeboten der Jugendhilfe altersbedingt entlassen werden
185 und besonders häufig von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Wir setzen uns dafür
186 ein, dass junge Erwachsene zukünftig aus der Jugendhilfe nicht mehr in die
187 Wohnungslosigkeit entlassen werden und bei Bedarf auch bis zum 27. Lebensjahr in

188 die Angebote der Jugendhilfe zurückkehren dürfen, so dass junge Menschen sich in
189 sicheren Rahmenbedingungen auf Studium oder Ausbildung konzentrieren können –
190 auch wenn sie kein eigenes familiäres Auffangnetz haben.

191 Ziel der Beendigung von Obdach- und Wohnungslosigkeit ernst nehmen und mit
192 entsprechender Priorität angehen

193 In der kommenden Legislaturperiode müssen die Weichen neu gestellt werden, um
194 das Ziel der Überwindung von Obdach- und Wohnungslosigkeit bis 2030 zu
195 erreichen. Auch wenn insbesondere die Überwindung von Wohnungslosigkeit mit
196 Blick auf den Wohnungsmarkt und den kontinuierlichen Zugang von Geflüchteten in
197 die öffentliche Unterbringung schwerfallen wird. Als Grüne setzen wir uns dafür
198 ein, dass Politik, Verwaltung und freie Träger konstruktiv und auf Augenhöhe
199 zusammenarbeiten, um Obdachlosigkeit zu überwinden und Wohnungslosigkeit
200 mindestens stark zu reduzieren. Die Stadt muss die nötigen Kapazitäten und
201 Ressourcen zur Verfügung stellen, sowohl in den eigenen Dienststellen als auch
202 bei den freien Trägern und das Subsidiaritätsprinzip nutzen. Obdachlosigkeit zu
203 überwinden ist eine Kraftanstrengung, die nur gemeinsam und nur mit der
204 entsprechenden Prioritätensetzung erreicht werden kann. Dabei brauchen wir die
205 Teilhabe und Partizipation der Verbände der freien Träger und wollen
206 innovative Beteiligungsformate von (ehemals) Obdachlosen sowohl bei Planung
207 neuer Ansätze als auch bei der Umsetzung der Angebote fördern.

208 Um Obdach- und Wohnungslosigkeit deutschlandweit nachhaltig zu überwinden,
209 müssen wir Armut effektiv bekämpfen und den Wohnungsmarkt gerechter gestalten.
210 Damit ist Politik für Wohnungslose, eine wichtige Politik für viele
211 armutsbetroffene Menschen und für den Zusammenhalt der gesamten Gesellschaft.

Unterstützer*innen

Carl Jannes Neuse (KV Hamburg-Altona); Michael Gwosdz (KV Hamburg-Eimsbüttel); Linda Heitmann (KV Hamburg-Altona); Christian Trede (KV Hamburg-Altona); Jasper Ole Felix Kiehn (KV Hamburg-Nord); Linus Görg (KV Hamburg-Wandsbek); Yusuf Uzundag (KV Hamburg-Altona); Gudrun Schittek (KV Hamburg-Harburg); Michael Gümbel (KV Hamburg-Mitte); Cornelia Bartsch (KV Hamburg-Harburg); Antje Möller (KV Hamburg-Eimsbüttel); Sebastian Dorsch (KV Hamburg-Eimsbüttel); Alske Rebekka Freter (KV Hamburg-Nord); Jennifer Jasberg (KV Hamburg-Bergedorf); Angela Fechner (KV Hamburg-Nord); Bianca Blomenkamp (KV Hamburg-Harburg); Jörg-Heinrich Penner (KV Hamburg-Harburg); Nils Bühler (KV Hamburg-Eimsbüttel); Falk Schmidt-Tobler (KV Hamburg-Eimsbüttel); Kathrin Engel (KV Hamburg-Eimsbüttel); Sonja Lattwesen (KV Hamburg-Mitte); Monika Linek (KV Hamburg-Nord); Julia Hecker (KV Hamburg-Altona); Uwe Halpap (KV Hamburg-Wandsbek); Otfried Hilbert (KV Hamburg-Wandsbek); Lars Boettger (KV Hamburg-Altona); Ursula Jäger (KV Hamburg-Eimsbüttel); Benjamin Eschenburg (KV Hamburg-Altona); Rosemarie Ferck (KV Hamburg-Mitte); Jörg Viole (KV Hamburg-Mitte); Sarah Pscherer (KV Hamburg-Harburg); Amelie Schürmann (KV Hamburg-Eimsbüttel); Nikola Stojcevic (KV Hamburg-Nord); Thomas Maack (KV Hamburg-Harburg); Oliver Camp (KV Hamburg-Nord); Selina Lea Sophie Storm (KV Hamburg-Altona); Jim Martens (KV Hamburg-Eimsbüttel); Mechthild Weber (KV Hamburg-Wandsbek); Ute Twisselmann (KV Hamburg-Wandsbek); Gero Hellmann-Warnecke (KV Hamburg-Nord); Lena Schwarzer (KV Hamburg-Eimsbüttel); Ulrich Paulsdorff (KV Hamburg-Eimsbüttel); Nadja Grichisch (KV Hamburg-Nord); Beate Seelis (KV Hamburg-Nord); Steffen Bentmann (KV Hamburg-Wandsbek); Daniel Pieper (KV Hamburg-Wandsbek); Ralph Carstens (KV Hamburg-Nord); Ute Groll (KV Hamburg-Altona); Martin Oberfell (KV Hamburg-Harburg)